

Danziger Zeitung.

№ 10875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Pletterhagergasse No. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petzseite oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig anzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1878 5 M.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

- Pletterhagergasse No. 4 in der Expedition, Altstädtischen Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Penning,
- 2. Damm No. 14 bei Hrn. S. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),
- Fischmarkt No. 26 bei Hrn. E. Schwinkowski,
- Heil. Geist- und Al. Krämergassen-Gede bei Hrn. Restaurateur Liedtke,
- Rohlenmarkt No. 22 bei Hrn. Saack,
- Brodhänken- und Kürschnergassen-Gede bei Hrn. H. Martens,
- Lungarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam,
- Neugarten No. 22 bei Hrn. Löw,
- Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister Troschener,
- Poggenpühl No. 32 im „Tannenbaum“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. März. Der Handelsminister Agenbach hat gestern Abend sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Berlin, 26. März. Der Reichstag berieth den der Budgetcommission überwiesenen Post- und Telegraphen-Etat und genehmigte die zur Berathung gelangten Positionen mit den dazu beantragten Resolutionen durchweg nach den Vorschlägen der Commission.

Nationale Unterrichts-Anstalten.

II*)

Es kann nicht bestritten werden, daß die Folge des Unterrichts an unsern Gymnasialanstalten häufig genug einer sachgemäßen Kritik nicht Stand halten; gerade die „mackerlichsten“ Lehrer erkennen diese Thatsache im vollen Umfange an, und vorurtheilsfreie Beobachter außerhalb ihrer Kreise stimmen ihrem Urtheile mit voller Uebergangung zu. Unter den vielfachen Gründen dieser bellagenden Erscheinung wiegt der Umstand nicht am geringsten, daß den genannten Anstalten viele, ja sehr viele Schüler zugeführt werden, die nicht in ihren Kreis gehören, sei es daß der in Aussicht genommene fernere Lebensberuf, sei es, daß geringe geistige Begabung und in Folge davon auch geringe Strebbarkeit diese an andere Bildungsanstalten, wenn nicht sogar an sogenannte Plessen adressirt haben dürften. Die in der Tertia und

*) Vergl. Nr. 10 869 d. 3.

Das Leben des Prinzen Albert.

VII*)

Im Juni 1855 benutzte Prinz Albert die Gelegenheit, welche sich ihm als dem Vorsitzenden des jährlichen Trinity House dinner darbot, um der parlamentarischen Welt und der Presse das schwerwiegende Unheil zu Gemüthe zu führen, welches durch ihre unzeitige Grogrednerie und ihren zu Englands Schäden gereichenden Mangel an Discretion in Bezug auf diplomatische und kriegerische Vorgänge herbeigeführt werde. Nachdem er dargelegt, wie die constitutionelle Regierung, hier eingeschränkt, dort durch Opposition gelähmt, im Kampfe gegen eine absolute Regierung im Nachtheil sei, schloß er mit den Worten: „Meine Herren, die constitutionelle Verfassung ist einer schmerzlichen Prüfung unterzogen und kann nur durch triumphirend aus derselben hervorgehen, wenn das Land der Regierung Ihrer Majestät sein Vertrauen — ein patriotisches, rückhaltloses und selbstverleugnendes Vertrauen bewahrt. Ohne dies müssen alle Bemühungen vergeblich bleiben.“

Diese Rede des Prinzen wurde allerdings von dem besseren Theil der Presse würdig und mit Anerkennung aufgenommen; von Seiten der feindseligen Elemente aber zog sie ihm natürlich die Anklage zu, er habe dem Absolutismus das Wort geredet. Baron Stockmar schrieb ihm darüber: „Die Rede Ihrer Königlichen Hoheit war inhaltreich und zeitgemäß. Daß die Presse sich bemühen würde, die darin enthaltene Lehre durch die Behauptung zu entkräften, die Vorzüge der constitutionellen Verfassung seien geeignet, ihre Nachtheile aufzuwiegen, war zu erwarten. Aber diese Behauptung ist nur insofern gerechtfertigt, als eine freie Verfassung eine größere Summe materieller und moralischer Kraft entwickelt, als eine despotische Regierungsform. Worauf in der Praxis besonders hingearbeitet werden muß, das ist die richtige Organisation einer Centralgewalt, und jede freie Verfassung vermehrt die Schwierigkeit, Maßregeln zu treffen und zur Ausführung zu bringen, welche dem Bedarf des Augenblicks genügen. Diese Schwierigkeit muß auf die eine oder andere Weise überwunden werden, andernfalls könnte es sich leicht ereignen, daß eine unter-

*) Vergl. Nr. 10 845 d. 3.

Secunda sitzenden Schüler, welche für den Gymnasialunterricht geeignet sind, bilden nicht selten die Minorität, und das scheint doch ein Fall zu sein, der von Oberaufsichtswegen nicht beschönigt, sondern beseitigt werden müßte. Andererseits ist aber gerade der Gymnasialunterricht für die oben genannten Schülerkategorien eben seines strengen Formalismus wegen der denkbar schlechteste, der man für andere als gelehrte Lebensberufe sich erwählen kann. An einem Secundaner des Gymnasiums ist Alles unferlig: er kann nicht fertig rechnen, er kann wenig Geschichte, häufig noch weniger Geographie, er kann selten ordentlich zeichnen, zuweilen nicht einmal gut schreiben und das Vischen Latein und Griechisch ist in kurzer Zeit verschwunden, wenn er auf dieser Stufe die Anstalt verläßt. Das Gymnasium bildet erst in seinen hinreichend bestandenen Abiturienten junge Männer heran, auf die man gegründete Hoffnungen für ihre Zukunft setzen kann; für alle Uebrigen ist das Studium — Kapital mehr oder minder vergeblich verwendet worden. Daß aber die Zahl solcher Abiturienten verhältnißmäßig wachsen wird, wenn wir die unteren und mittleren Klassen von unpassenden Elementen säubern, ist keine Frage, diese Voraussetzung somit eine Nothwendigkeit, deren wir uns durch Rücksichtnahme keinerlei Art entziehen dürfen, nicht am wenigsten im wohlverstandenen Interesse der unpassenden Elemente selbst, denen wir dadurch meist eine frohere Jugendzeit und eine bessere Vorbereitung für das Leben zuwenden.

Die Zahl und Mannigfaltigkeit unserer Bildungsanstalten ist für das jeweilige Bedürfnis der Schulalter nach jeder Seite hin ausreichend, gebe der Staat nur jeder Anstalt bei ihren Schlußterminen, aber auch nur bei diesen die entsprechenden Berechtigungen und ein Heer von Schwierigkeiten wird auf einmal beseitigt sein, wenn man diese Bestimmung — die Abschloirung des Schlußexamens — auch für das Gymnasium festhält. Was im besondern die Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Militärdienst anlangt, so verweise man in den Ausnahmefällen die Gymnasialsecundaner nur getrost an die besonderen Prüfungskommissionen: es wäre schlimm, wenn gute Anstalten oder solche, die das sein wollen, ihre Schüler auf dieser Stufe nicht für das vorgeschriebene Examen befähigt haben sollten.

Der zweite der weiteren Besprechung vorbehaltene Punkt betraf die Frage, ob unsere jetzigen Gymnasien der Pflege des nationalen Sinnes in ausreichender Weise gerecht würden. Bekanntlich hat das Unterrichtsministerium diese Frage auch in den bekannten October-Conferenzen behandelt lassen, die Antwort ist jedoch nicht bestimmt genug gegeben. Wenn man bedenkt, daß die Hälfte der Unterrichtsstunden dem Griechischen und Lateinischen zugewendet, daß unter den häuslichen Arbeiten griechische und lateinische Scripta nebst lateinischen Aufsätzen und zuweilen sogar lateinischen metrischen Uebungen vorzugsweise berücksichtigt sind; daß lateinische und griechische Präparationen und Privatlectüre, letztere in nicht geringem Umfange

geordnet, aber wohlorganisirte Macht eine höhere, der es an Centralisation fehlt, zu Fall brächte.“

Interessant, wenn auch unerquicklich ist es, die Kämpfe zu verfolgen, welche während jener Monate in Parlament ausgefochten wurden; die Darstellung derselben wirft grelle Schlaglichter auf die Geschichte englisch-parlamentarischen Lebens, auf die Handlungsweise britischer Staatsmänner ersten Ranges und auf die Entwicklung derjenigen Frage, welche noch bis zu dieser Stunde wie ein drückender Alp auf Europa lastet, obgleich zu ihrer Lösung so volle Ströme Blutes geflossen sind.

Schon im Mai hatte eine Verbindung von Derbyiten, Lord Ellenborough und Anderen einen vergeblichen Versuch gemacht, das so mühsam conquirirte Ministerium Palmerstons zu stützen. Von Sitzung zu Sitzung spannte die Friedenspartei Cobden, Bright u. alle Segel, um den Krieg à tout prix zum Ende zu bringen, und die Peckiten mit Gladstone und Graham an der Spitze unterstützten ihre Bemühungen, während Lord Grey im Oberhause, im Einverständnis mit seinem Freunde Aberdeen, gleichermassen gegen den Krieg agirte und sich und seine Genossen dadurch bei der Mehrzahl der Bevölkerung so unpopulär wie möglich machte. Dem gegenüber brachte Disraeli am 24. Mai einen Antrag ein, dessen Schwerpunkt in dem Satz lag, „das Haus könne die Pfingstferien nicht antreten, ohne seine Unzufriedenheit über die zweideutige Sprache und das wenig bestimmte Verhalten der Regierung in Bezug auf Krieg und Frieden auszudrücken, und halte es unter diesen Umständen für eine Pflicht, zu erklären, daß es fortfahren werde, Ihre Majestät in der Verfolgung der kriegerischen Maßregeln zu unterstützen, bis dem Lande ein ehrenvoller Frieden gesichert sei.“ Einen bedauerlichen Theil dieser Rede füllte ein stofflich und theoretisch gewaltiger Angriff auf Lord John Russell, welcher die Wucht seiner früheren Feindseligkeiten gegen Russell mit der dieser Macht von ihm in der Wiener Conferenz bewiesenen Nachgiebigkeit in grellen Gegensatz stellte. Zwei und eine halbe Stunde fesselte Disraeli die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer, welche darauf den Friedensvorschlägen Gladstone's ihr Ohr liehen, um endlich aus dem Munde Lord John Russell's die Versicherung entgegenzunehmen, daß Russlands Eroberungsgelüste so groß seien wie je, daß es sehr reeller Garantien

gefordert werden; daß nur drei Schuljahre für die deutsche und preußisch-brandenburgische, für die mittlere und neuere Geschichte zusammen, die anderen dagegen ausschließlich für die alte Geschichte bestimmt sind; — wenn man ferner erwägt, daß die deutsche Literatur nicht einmal nach der Seite ihres Begründetseins auf der comisch-griechischen, was bei Lessing, Wieland, Herder, Goethe und Schiller so schlagend hervorritt, gehörig ausgebeutet wird; daß ihre Kenntnisaufnahme aus eigener Lectüre nicht einmal durch den Privatleiß der Zöglinge sicher gestellt ist; — dann muß man beinahe mit Recht zweifeln, ob unsere Gymnasien in Wahrheit den Namen deutsche Bildungsanstalten verdienen. Man weise doch nicht immer auf die tüchtigen Männer hin, die aus unseren Gymnasien hervorgegangen sind und allen Anforderungen, welche Wissenschaft und Nationalität nur erheben mögen, in vollstem Maße genügen, man erinnere vielmehr an die großen Massen von Gymnasialzöglingen, welche weder alte noch neue Bildung sich erhalten oder erworben haben, weil ihnen nicht der Weg gezeigt worden, auf dem beide mit einander in Verbindung getreten sind. Schiller kannte das Griechische nicht, und er bewies durch ein Beispiel, daß man auch ohne die ursprünglichen Quellen eine tiefe Auffassung griechischen Lebens, griechischer Weisheit und Schönheit gewinnen kann. Diese Thatsache muß auf einem deutschen Gymnasium des breiten entwickelt werden, Wielands Meisterkraft im Horaz, Lessings im Aristoteles und im Homer sind den Zöglingen lebendig vor die Augen zu führen, um zu lernen, wie man die antike Bildung verwerten muß. Nehnliches gilt in andern Gebieten; um alles anzuführen, müßte man ein Buch schreiben. Sagen wir daher unsere Gedanken mit einem Worte:

So lange wir nicht für unsere Gymnasien das Uebermaß philologischen Unterrichts zurückzubringen vermögen, so lange wir nicht in der Geschichte darauf ausgehen, zu lehren und zu erweisen, wie die germanischen Völker zu ihrer weltbeherrschenden Stellung — auch der Sprache nach — gekommen sind, und wie sie allein (2) die Vor kämpfer für staatliche, sittliche und individuelle Freiheit geliefert haben, so lange nicht alle Lehrer, Vorstände und Pfleger der Gymnasien die volle Ueberzeugung kund geben, daß die modernen Bildungselemente größere und intensivere Rücksicht für die Jugendbeziehung erfordern, als sie ihnen bisher haben zu Theil werden lassen, wird uns Niemand überreden, daß unsere Gymnasien wahrhaft deutsche Bildungs- und Unterrichtsanstalten sind. Aeußere, zum Theil gewaltsam herbeigeführte Anknüpfungspunkte zwischen einer antikisirenden Schule und dem modernen staatlichen Leben gelten uns wenig und sind nicht im Stande, unseren Ruf zurückzuhalten: Reform der Gymnasien durch das Unterrichts-gesetz.

Deutschland.

△ Berlin, 25. März. Die bereits erwähnte, dem Bundesrathe heute unterbreitete Vorlage betreffend die Uebernahme bisher aus preußischen

bedürfe, um das europäische Gleichgewicht für die Zukunft zu sichern, und daß England sich keinem ungenügenden Friedensvertrage bequemen dürfe. — Diese Debatten dauerten während des ganzen Juni monats; wenn irgend Einem, so bereiteten sie dem Prinzen Albert unaufhörliche Sorge und täglich erneuten Aerger. „O Densiterna, Densiterna!“ ruft er in seinen Briefen an Stockmar einmal über das andere aus, „mit wie wenig Weisheit werden Staaten regiert!“

Im Juli veröffentlichte Graf Buol, der österreichische Bevollmächtigte in Wien, durch Lord Russell's kriegerische Reden im Parlament gereizt, Berichte über dessen ihm gegenüber kurz zuvor verballich geäußerte Absicht, die Annahme des auch von Drouyn de Lhuys gebilligten dritten Punktes („Rußlands Seemacht wird auf den 1853 innegehabten Umfang zurückgeführt“) bei seiner Regierung bringend zu befürworten. Diese Veröffentlichung erregte in England ein sehr begreifliches Aufsehen und veranlaßte eine Anfrage der Friedenspartei an die Regierung, wie diese ihre Opposition gegen die Ansichten ihres Bevollmächtigten zu rechtfertigen vermöge.

Zuerst eine Maßregel befürworten, welche einen schlechten Frieden herbeiführen würde, dann auf die Annahme derselben verzichten, ohne wie sein französischer Colleague sein Amt niederzulegen, und endlich sich in die vorderste Reihe stürzen und mit Schmutz und Nachdruck zum Kriege anfeuern, das war Lord J. Russell's jüngste Handlungsweise gewesen; jetzt erklärte er sein Verbleiben im Amt aus seiner Rücksicht für das öffentliche Wohl, welches unter einer Neubesetzung seines Postens in so kritischem Augenblick, wie er meinte, gelitten haben würde. Indessen vermochte weder dieses Argument, noch seine Behauptung, daß er jene Friedensbedingung angesichts der inzwischen veränderten Lage nicht mehr als annehmbar betrachte, seine Ankläger zufriedenzustellen; dieselben hatten die allgemeine Aufregung bis zu einem solchen Grade in die Höhe gehaubt, daß es zweifelhaft war, ob selbst Lord Russell's Demission genügen würde, das Ministerium in seiner durch ihn erschlafften Stellung zu erhalten. Am 16. Juli machte er persönlich dem Parlament die Ankündigung, daß er aufgehört habe, Minister zu sein, und der drohende Sturm war für's Erste be-

schwächtigt, aber nur um sich nach wenigen Tagen von Neuem zu erheben. Am 26. Juni war ein Vertrag mit der Türkei abgeschlossen worden, in welchem die Regierungen von England und Frankreich sich verbindlich machten, die Zahlung der Zinsen einer türkischen Anleihe von 5 000 000 Pfr. zu garantiren. Die französischen Kammern hatten diese Verpflichtung ihres Landes bereits sanctionirt, als Lord Palmerston bei seiner an das Parlament gestellten Forderung zum gleichen Zweck einer ebenso unerwarteten als hartnäckigen Opposition begegnete. Die verlangte Summe war unbedingt erforderlich, sollte die Pforte den Krieg fortführen; ohne die Garantie der Westmächte war ihre Erhebung unausführbar, und eine Weigerung Englands mußte daher nicht allein die Türken gänzlich unfähig machen, sondern auch die Franzosen entrüben und so die Westmächte trennen. Alle Fractionen der Opposition und mit ihnen abermals die Peckiten waren gegen die Anleihe verbündet, und nur mit der äußersten Anstrengung siegte die Regierung endlich mit einer Majorität von 3 Stimmen unter 267 und ermöglichte durch diese verschwindend kleine Mehrtheit den Fortbestand des Ministeriums und die Durchführung des großartigen Kriegsunternehmens, für welches das Land täglich so bedeutende Opfer an Geld und Menschenleben brachte.

Im August 1855 erwiderten die Königin und ihr Gemahl, begleitet von ihren beiden ältesten Kindern, den Besuch des französischen Kaiserpaars. Der Sieg an der Tschernaja und kleinere Erfolge in der Dnieper hatten die Stimmung der Franzosen neu belebt, und das Tagebuch der Königin weiß nicht genug zu erzählen von dem enthusiastischen Empfang durch die Truppen und die Bevölkerung von Paris und von aller Pracht und Herrlichkeit, welche sie während ihres neunentägigen Aufenthalts in St. Cloud umgab. Der Reichthum des reizenden Paris an Schauspielen, welche selbst die Regenten Englands überirren und entzücken konnten, wurde noch durch die stattfindende Weltausstellung erhöht, und die Tage verlossen denselben in stetem Verkehr mit Neuem und Bewundernswürthem. Die Königin verließ Frankreich voll der freundlichsten Gesinnungen für ihre kaiserlichen Wirthe. „Auch Albert“, sagt sie in ihrem Tagebuche, „der von

schwerdriegt, aber nur um sich nach wenigen Tagen von Neuem zu erheben.

